

**19.03.22 – Stuttgart, Schlossplatz – Internationaler Tag gegen Rassismus**

## **Rede Palästinakomitee Stuttgart**

Liebe Freund:innen, liebe Kämpfer:innen gegen Rassismus,

Der Internationale Tag gegen Rassismus ist ein ganz wesentliches Datum für alle, die sich für eine sozial gerechte Welt ohne Unterdrückung . einsetzen

Der Jahrestag erinnert an das Massaker von Sharpeville im Jahr 1960 in Apartheid-Südafrika, ein Verbrechen, das in die Geschichte des Kolonialismus gehört. Mit diesem Tag mahnen die Vereinten Nationen die Überwindung der international geächteten rassistischen Herrschaftssysteme, wie z. B. der Apartheid, an. Das sind Herrschaftssysteme, unter denen auch die Palästinenser:innen leiden.

Nicht umsonst haben die Kämpfer:innen gegen die südafrikanische Apartheid wie Nelson Mandela, Bischof Desmond Tutu, die südafrikanischen jüdischen Anti-Apartheidkämpfer:innen Denis Goldberg oder Ron Kasrils und viele andere von Apartheid betroffene immer wieder ihre Solidarität mit den Palästinenser:innen betont.

Die Berechtigung des Apartheid-Vorwurfs gegen das israelische Herrschaftssystem ist inzwischen vielfach von prominenter Seite bestätigt worden. Die Analysen von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen wie Al Haq, Addameer und anderen haben vergangenes Jahr die jüdisch-israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem und Human Rights Watch bekräftigt. Dieses Jahr folgte Amnesty International mit einem eigenen Bericht. Der ausführliche Report von AI basiert auf jahrzehntelangen Untersuchungen zu Menschenrechtsverletzungen im israelischen Herrschaftssystem und sorgfältigen Analysen zur Frage, ob die Einordnung unter den Kriterien für Apartheid berechtigt ist. Der Apartheid-Begriff entstand zwar als Reaktion auf das ehemalige südafrikanische Herrschaftssystem, entwickelt wurden jedoch allgemeine Prinzipien, die universell anwendbar sind.

Wie andere erkennt auch Amnesty International Apartheid im gesamten historischen Mandatspalästina und erklärt: „Ob sie (die Palästinenser:innen) im Gazastreifen, in Ostjerusalem, in Hebron oder in Israel selbst leben, Palästinenser\*innen werden.... systematisch ihrer Rechte beraubt. Die Recherchen zeigen, dass Israels Politik der Segregation, Enteignung und Ausgrenzung in allen von den israelischen Behörden kontrollierten Territorien der Apartheid gleichkommt.“

„Hier muss die internationale Gemeinschaft handeln“, fordert AI. „Es gibt keine Rechtfertigung für ein System, das auf der institutionellen und andauernden rassistischen Unterdrückung von Millionen von Menschen beruht. Apartheid hat keinen Platz in unserer Welt und Staaten, die sich dafür entscheiden, hier Zugeständnisse an die israelische Regierung zu machen, werden sich auf der falschen Seite der Geschichte wiederfinden. Regierungen, die Israel weiterhin mit Waffen beliefern und das Land vor der Rechenschaftspflicht in der UNO schützen, unterstützen ein Apartheidsystem, untergraben die internationale Rechtsordnung ....“

Neben einem Waffenembargo verlangt AI auch, die Apartheidfrage in die laufenden Untersuchungen über die Menschenrechtsverletzungen in den 1967 besetzten Gebieten beim Internationalen Strafgerichtshof einzubeziehen.

Wir werden jedoch zu kämpfen haben, damit die Forderungen von Amnesty erfüllt werden.

Denn während sich australische, neuseeländische und auch niederländische Fonds von Investitionen in israelische Rüstungsunternehmen wie zum Beispiel Elbit zurückziehen, rüsten europäische Staaten die Grenzagentur Frontex mit Drohnen von Elbit und Israel Aerospace Industries aus. Es sind dieselben bewaffnungsfähigen Drohnen, die bei Kriegen gegen die Bevölkerung im Gazastreifen im Einsatz sind, mit denen die Festung Europa ausgerüstet wird. Vom Staat Israel erhoffen sich auch deutsche Militarist:innen den notwendigen Einblick in die Drohrentechnik, um selbst eine bewaffnete Drohne bauen zu können.

Palästinensische Organisationen wie *Al Haq*, *Addameer*, *Bisan Center for Research and Development*, *Defense for Children International-Palestine*, *the Union of Agricultural Work Committees* and *the Union of Palestinian Women's Committees*, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert haben, werden seit Herbst 2021 von der israelischen Regierung als terroristisch eingestuft. Während die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet diesen Schritt der israelischen Regierung umgehend als Angriff auf Menschenrechtler:innen, auf die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit verurteilte, blieb eine Kritik der Ampelkoalition und Bundesregierung an diesem Angriff auf die palästinensische Zivilgesellschaft bisher völlig aus.

Völlig ungehindert kann die rechtsextremistische AFD gleichzeitig versuchen, über parlamentarische Anfragen im Bundestag die Kriminalisierung der palästinensischen Menschenrechtsinitiativen auch in Deutschland auszudrücken. Es ist die judenfeindliche AFD, die sich wieder einmal über die Unterstützung des Staates Israel, in die Mitte der Gesellschaft schleicht und ihre rassistischen Vorstellungen verbreitet.

Auch Nicht-Palästinenser:innen haben allen Grund zur Solidarität mit den Betroffenen. Die Duldung israelischer Apartheid und das Ausnutzen des israelischen Herrschaftssystems als Labor für Unterdrückungstechniken untergräbt die Menschenrechte.

Das System, das *Amnesty International*, *B'Tselem*, *Human Rights Watch* im israelischen Herrschaftsbereich ausmachen, ist international bekannt, wir haben die Wirkung von Apartheid und Siedlerkolonialismus weltweit auf vielen Kontinenten gesehen. Auf dem amerikanischen Kontinent führte er zum Genozid an fast der gesamten einheimischen Bevölkerung. Auch da, wo das System selbst überwunden ist, wie in Südafrika, leiden die Menschen noch an den Folgen, einer extremen sozialen Ungleichheit.

Schließen wir uns zusammen, solidarisieren wir uns im Kampf gegen jegliche Form des Kolonialismus, rassistischer Ausgrenzung und deren Folgen auf unsere Gesellschaften weltweit.

Amandla – Intifada – Es lebe die Internationale Solidarität!